

Erstellt für



Handelsblatt
RESEARCH INSTITUTE

KONSUMMONITOR 2019

STUDIE DES HANDELSBLATT RESEARCH INSTITUTE (HRI)
IM AUFTRAG DES HANDELSVERBANDES DEUTSCHLAND (HDE)



KONSUMMONITOR 2019

ERSTELLT FÜR

Handelsverband Deutschland – HDE e. V.
April 2019

ERSTELLT VON

HANDELSBLATT RESEARCH INSTITUTE

Dr. Sven Jung
Axel Schrunner,
Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup

Inhalt

Vorwort	4
Privater Konsum – ein Blick zurück	5
Privater Konsum – ein Blick nach vorn	9
Privater Konsum – aktuelle Themen	10
Aktuelle und künftige finanzpolitische Veränderungen	10
Der Europäische Binnenmarkt	13
Literaturverzeichnis	16
Rechtlicher Hinweis	17
Impressum	18

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	
Reales Bruttoinlandsprodukt von Deutschland	5
ABBILDUNG 2	
Private Konsumausgaben in Deutschland	6
ABBILDUNG 3	
Beiträge der verschiedenen Komponenten zum Wachstum des realen BIP	7
ABBILDUNG 4	
Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes	8
ABBILDUNG 5	
Lohnentwicklung in Deutschland	8

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1	
Aktuelle Konjunkturprognosen für Deutschland im Überblick	9
TABELLE 2	
Maßnahmen der neuen Bundesregierung zur Entlastung der privaten Haushalte im Jahr 2019	11
TABELLE 3	
Aufkommen des Solidaritätszuschlags nach Einkommensquellen im Jahr 2021	12

Vorwort

Die Zusammenarbeit zwischen dem Handelsverband Deutschland (HDE) und dem Handelsblatt Research Institute (HRI) besteht seit dem Jahr 2016. Das zentrale Motiv für diese Kooperation ist die gemeinsame Überzeugung, dass der private Konsum für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der absehbaren Zukunft eine zentrale Rolle spielen wird. Dies belegen die jüngsten Daten. Somit sind eine kontinuierliche Beobachtung und Analyse des privaten Verbrauchs in Deutschland geboten.

Zu diesem Zweck wird seit Anfang 2017 monatlich das HDE-Konsumbarometer (<https://www.einzelhandel.de/konsumbarometer>) erhoben und veröffentlicht. Flankiert wird das Barometer von einem Konsummonitor mit einer detaillierten Analysen des Verbrauchs der privaten Haushalte, den das HRI im Auftrag des HDE erstellt. Ab sofort zeigt sich dieser Konsummonitor in einem neuen Format: Über das gesamte Jahr verteilt werden drei Kurzberichte mit jeweils eigenständigen thematischen Schwerpunkten erscheinen. Der vorliegende erste Bericht betrachtet den privaten Konsum in Deutschland aus der gesamtwirtschaftlichen Perspektive.

Der private Verbrauch ist – auch in Zeiten einer konjunkturellen Abkühlung – eine der wesentlichen Stützen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Deutschland. Allerdings führt die sich seit Mitte des vergangenen Jahres merklich abschwächende Wachstumsdynamik dazu, dass auch der private Konsum in Deutschland an Schwung verliert. Dennoch bleiben die Rahmenbedingungen für den privaten Konsum gut: Die sehr gute Entwicklung am Arbeitsmarkt hält noch an und Lohnsteigerungen stärken die Einkommensbasis der privaten Haushalte. Daneben gab es zu Anfang dieses Jahres einige finanzpolitische Maßnahmen, die den privaten Konsum zusätzlich stimulieren. Diese Maßnahmen werden als eines von zwei Themen im vorliegenden Monitor näher betrachtet. Das zweite Thema ist – anlässlich der Europawahl am 26. Mai 2019 – der Europäische Binnenmarkt und seine oft unterschätzte Bedeutung für den privaten Konsum in Deutschland.



Stefan Genth
Hauptgeschäftsführer
Handelsverband Deutschland e.V. (HDE)



Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rürup
Präsident
Handelsblatt Research Institute

PRIVATER KONSUM – EIN BLICK ZURÜCK

In der zweiten Jahreshälfte 2018 fehlte es an Impulsen für das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft: Dem überraschenden Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im dritten Quartal folgte eine Stagnation im letzten Quartal (siehe Abbildung 1).

Betrachtet man allerdings das Gesamtjahr, fällt das Urteil etwas positiver aus. Denn das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs dank des starken ersten Halbjahres saison- und kalenderbereinigt immerhin um 1,5 Prozent. Und trotz Eintrübungen am aktuellen Rand ist zwar eine wirtschaftliche Abkühlung aber noch keine Rezession in Sicht (siehe Kapitel *Privater Konsum – ein Blick nach vorn*).

Zusammen mit der gesamtwirtschaftlichen Leistung hat auch der private Konsum weiter zugelegt.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland beliefen sich im Jahr 2018 real auf 1,6 Billionen Euro (siehe Abbildung 2). Verglichen mit dem Vorjahr stellt dies einen Anstieg von einem Prozent dar. Damit sind die privaten Konsumausgaben verglichen mit dem BIP nur unterproportional gewachsen, mit der Folge eines Rückgangs des Anteils des privaten Verbrauchs in Relation zum BIP.

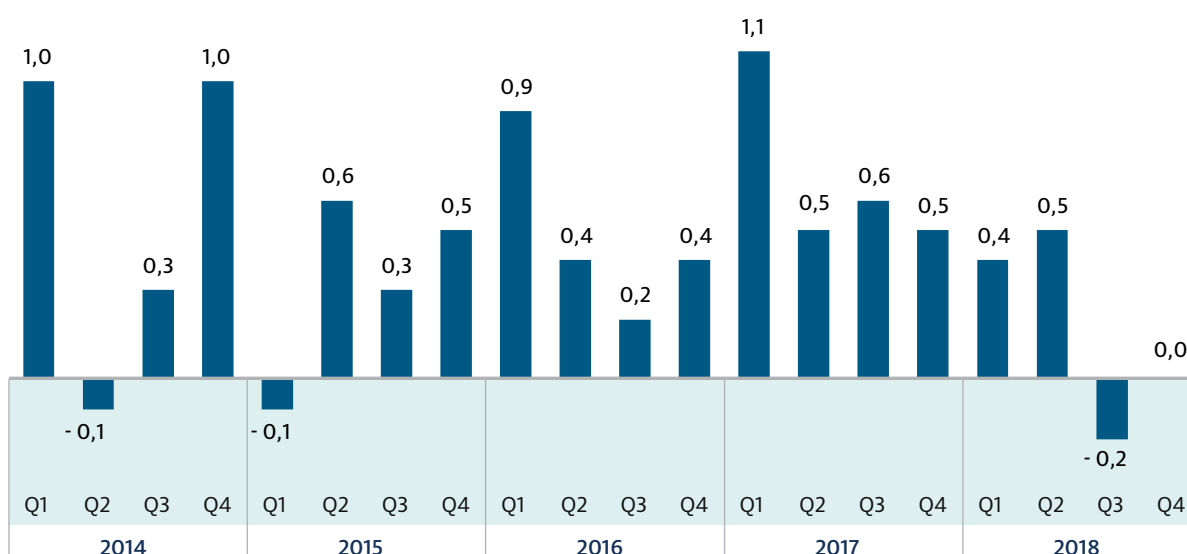
Im Jahr 2010 belief sich dieser Anteil auf 56 Prozent, in 2018 lag er bei 54,1 Prozent. Dieser Unterschied mag unwesentlich erscheinen, Fakt ist dennoch, dass seit dem Jahr 2000 dieser Anteilswert um mehr als vier Prozentpunkte zurückgegangen ist. Dabei entfallen auf den Einzelhandel unverändert knapp 30 Prozent der privaten Konsumausgaben.

ABBILDUNG 1

REALES BRUTTOINLANDSPRODUKT VON DEUTSCHLAND



Veränderung zum Vorquartal in Prozent

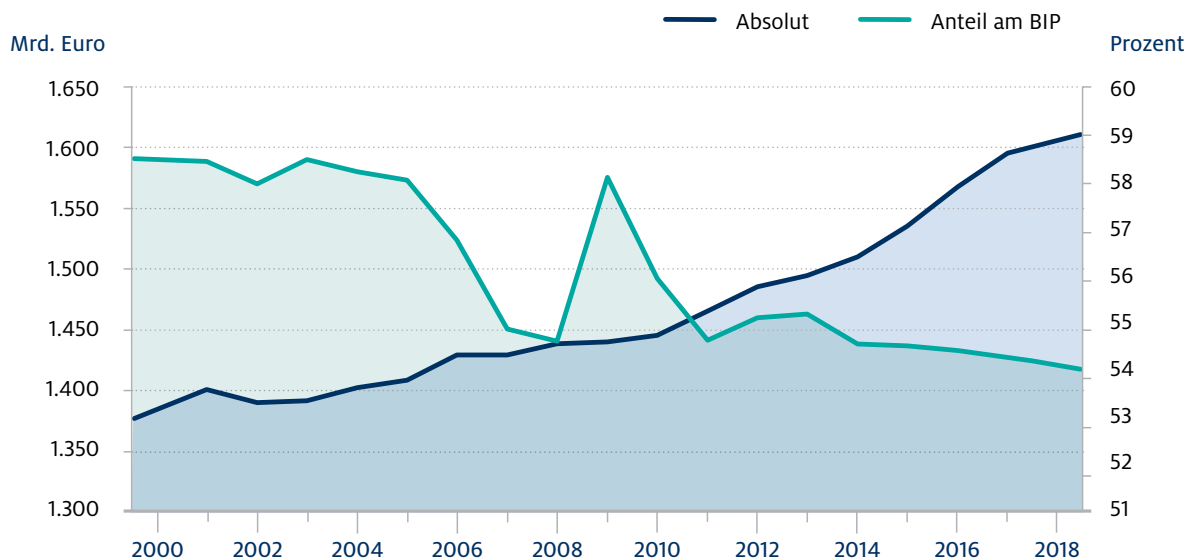


Quelle: Destatis



ABBILDUNG 2

PRIVATE KONSUMAUSGABEN IN DEUTSCHLAND



Anmerkung: Private Konsumausgaben preisbereinigt in Milliarden Euro; Anteil am BIP in Prozent.

Quelle: Destatis

Vom Außenhandel gingen im vergangenen Jahr dämpfende Effekte auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland aus. Der Wachstumseffekt des Außenbeitrags belief sich auf minus 0,4 Prozentpunkte (siehe Abbildung 3). Damit wurde im Jahr 2018 – wie bereits im Jahr 2016 – das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft ausschließlich von „Binnenkomponenten“ getragen. Wenn man die hoch volatilen und letztlich eine „Residualgröße“ repräsentierenden Vorratsveränderungen mit einem rechnerischen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkte ausklammert, waren die wichtigsten Wachstumstützen des vergangenen Jahres der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen mit einem Beitrag zum Wachstum des realen BIP von jeweils 0,5 Prozentpunkten. Damit ist der private Konsum weiterhin einer der wichtigsten Treiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums der deutschen Volkswirtschaft.

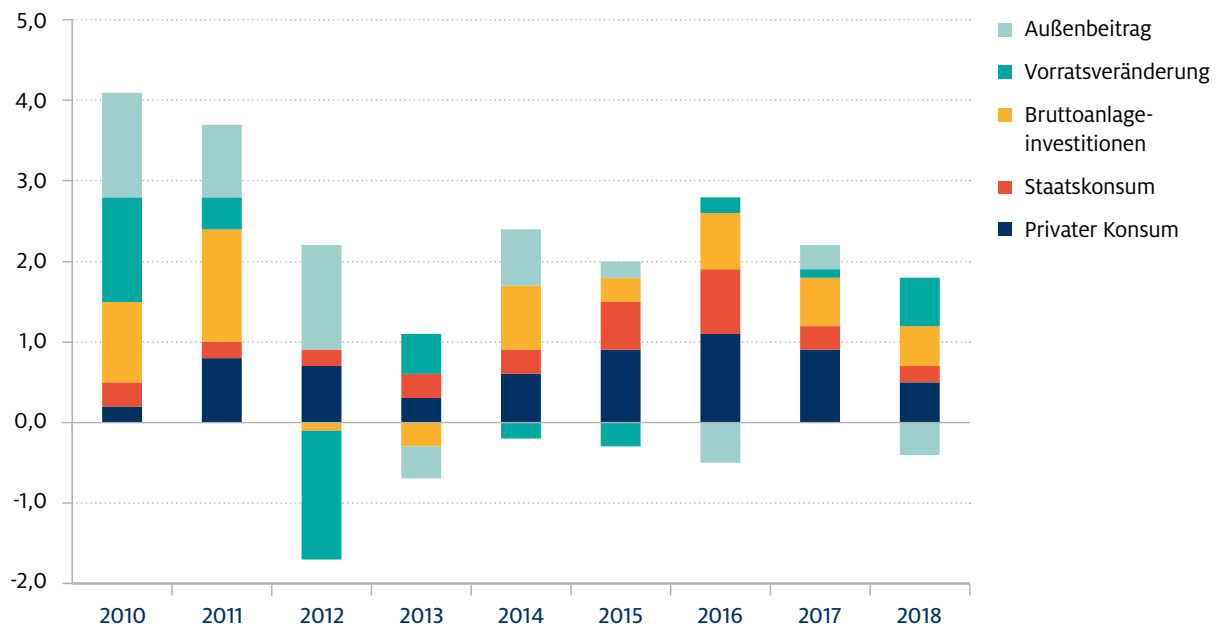
Das tragende Element des privaten Konsums in Deutschland war und ist der Arbeitsmarkt, der sich – trotz der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Abkühlung – immer noch erfreulich entwickelt und sich in einer sehr guten Verfassung befindet (siehe Abbildung 4). Der Trend bei der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl zeigt weiterhin aufwärts – bei rückläufiger Arbeitslosigkeit. Im Februar dieses Jahres wurden in Deutschland 44,8 Millionen Erwerbstätige und ungefähr 2,4 Millionen Arbeitslose registriert. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit überproportional von der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse getragen wurde. Denn deren prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist kontinuierlich gestiegen. Im Juni 2018 – aktuellere Zahlen liegen nicht vor – waren 73,2 Prozent der Erwerbstätigen auf der Basis eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses erwerbstätig.

ABBILDUNG 3

BEITRÄGE DER VERSCHIEDENEN KOMPONENTEN ZUM WACHSTUM DES REALEN BIP



in Prozentpunkten



Quelle: Destatis

Zudem weitet sich die Beschäftigung erfreulicherweise nicht nur im Teilzeitbereich aus. So sind unverändert nahezu 72 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vollzeitig tätig. Zugleich geht der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse kontinuierlich zurück. Von den etwa 37 Millionen Arbeitsverträgen der abhängig Beschäftigten im Jahresmittel 2017 waren 12,8 Prozent befristet. Dies waren 0,3 Prozentpunkte weniger als 2016.

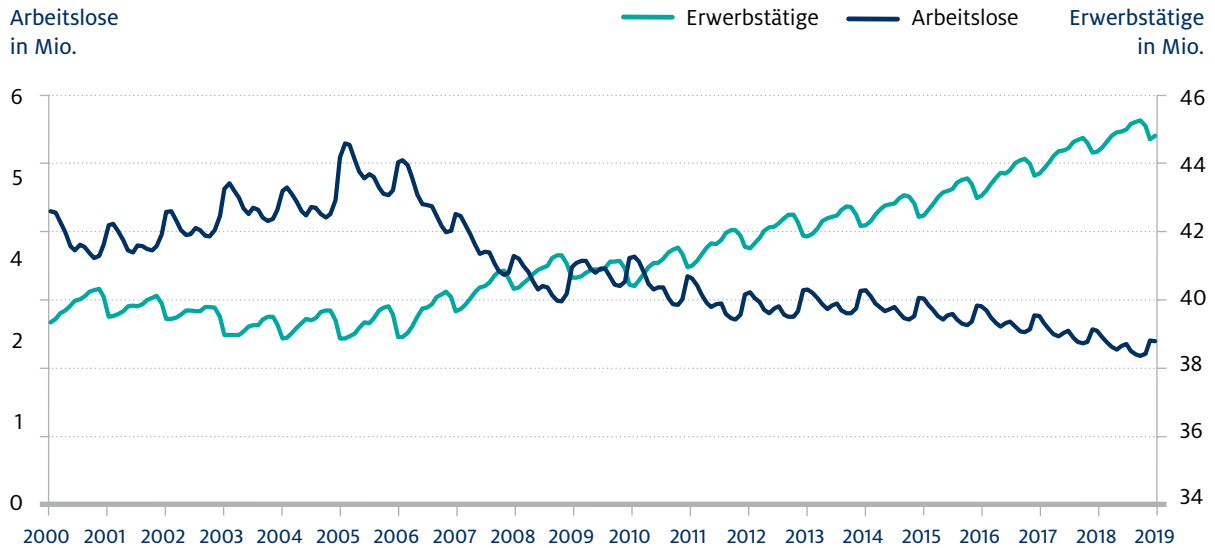
Neben der Entwicklung der Beschäftigung ist die Lohnentwicklung der zweite wichtige, vom Arbeitsmarkt ausgehende Treiber des privaten Konsums. Hier lassen sich – nach einer eher moderaten Entwicklung in den letzten Jahren – in jüngster Zeit wieder größere Steigerungen beobachten (siehe Abbildung 5).

So sind die Nominallöhne in Deutschland im zweiten und dritten Quartal 2018 um durchschnittlich 2,5 Prozent respektive 3,6 Prozent gestiegen. Da jedoch zuletzt die Inflationsrate anzog, fielen die Reallohnzuwächse geringer aus. Angesichts von Tarifabschlüssen, die dieses Jahres etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen, und einer – zum Leidwesen der EZB – nachlassenden Dynamik der Preissteigerungen, ist mit einer Fortsetzung des recht kräftigen Reallohnwachstums zu rechnen.

Das Potenzial für einen starken privaten Konsum ist dementsprechend weiterhin gegeben.

ABBILDUNG 4

ENTWICKLUNG DES DEUTSCHEN ARBEITSMARKTES



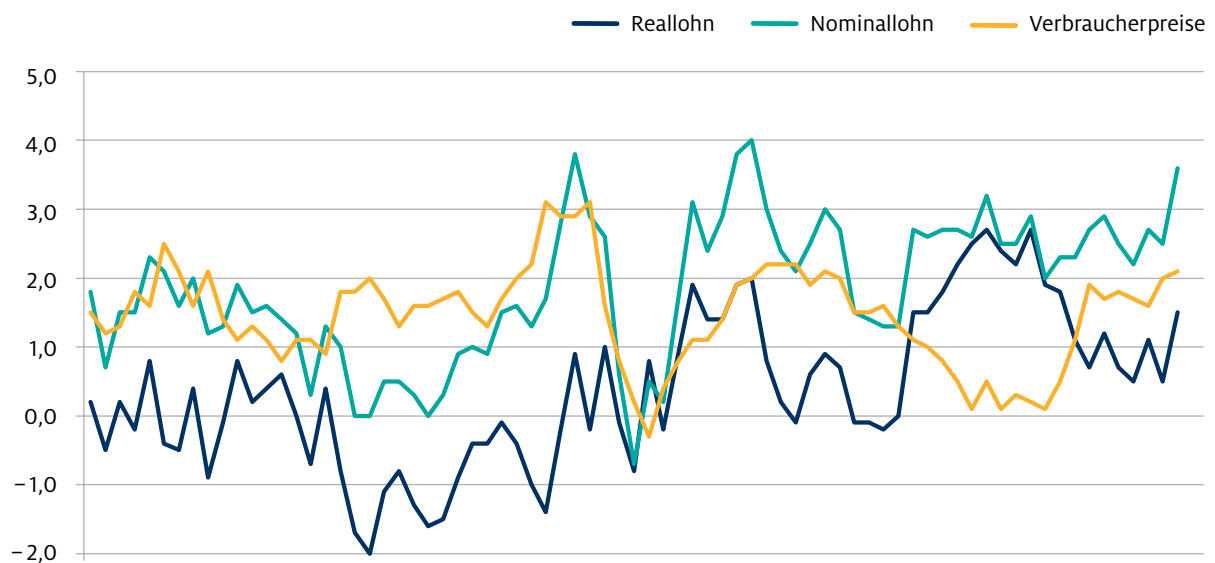
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Destatis

ABBILDUNG 5

LOHNENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND



Veränderungsrate zum Vorjahreszeitraum in Prozent



Anmerkung: Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen von vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

Quelle: Destatis

PRIVATER KONSUM – EIN BLICK NACH VORN

Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik der deutschen Volkswirtschaft hat seit dem zweiten Halbjahr 2018 nachgelassen. Diese Entwicklung dürfte auch das Jahr 2019 charakterisieren, wie nicht zuletzt die von allen Konjunkturforschungsinstituten nach unten revidierten Konjunkturprognosen zeigen (siehe Tabelle 1). So liegen alle Prognosen für 2019 aus dem laufenden Jahr um etwa 0,7 Prozentpunkte unter denen vom Herbst des Vorjahres.

Damit ist bis auf weiteres die Phase der Hochkonjunktur in Deutschland ausgelaufen. Was im Sommer 2018 noch als eine temporäre Delle angesehen wurde, entwickelte sich zu einer veritablen Schwäche der deutschen Industrie, dem Herzstück der deutschen Volkswirtschaft.

Allerdings lassen die aktuellen Prognosen erkennen, dass zwar das Wachstumstempo deutlich nachgelassen hat, aber – zumindest bislang – ein unmittelbares

Risiko für ein Abgleiten in eine Rezession, sprich eine Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung nicht erkennbar ist. So stellt Gabriel Felbermayr, der neue Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, dezidiert fest, dass die deutsche Konjunktur „deutliche Bremssignale“ aufweist, „aber derzeit ... nichts für einen abrupten Einbruch der Konjunktur oder gar eine Rezession (spricht).“

Die konjunkturelle Abkühlung ist die Folge einer Reihe belastender Faktoren. So trüben die allgemeinen Sorgen über die Zukunft des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs die Stimmung der Unternehmen. Dies gilt besonders für Deutschland, das so stark wie keine andere große Volkswirtschaft in die internationalisierten Wertschöpfungsketten integriert ist. Gleichermaßen ist keine andere Volkswirtschaft ähnlich stark exportorientiert wie die deutsche.

TABELLE 1

AKTUELLE KONJUNKTURPROGNOSEN FÜR DEUTSCHLAND IM ÜBERBLICK

Jährliche Wachstumsrate in Prozent (Stand: 25. März 2019)



	reales Bruttoinlandsprodukt		privater Konsum		Verbraucherpreise	
	2019	2020	2019	2020	2019	2020
BUNDESREGIERUNG	0,5	-	1,3	-	1,5	-
DIW	1,1	1,8	1,4	1,5	1,5	1,7
GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE	1,9	1,8	1,9	1,6	2,0	1,9
HRI	1,0	1,0	0,7	1,0	1,2	1,4
ifo	0,6	1,8	0,9	1,4	1,4	1,7
ifw	1,0	1,8	1,5	1,8	1,5	1,8
IWH	0,5	2,0	1,1	2,0	1,4	1,5
RWI	0,9	1,5	1,6	1,5	1,4	1,6
SVR	0,8	1,7	1,0	1,4	1,5	1,6

Quelle: Bundesregierung (Jahreswirtschaftsbericht); Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW); Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose; Handelsblatt Research Institute (HRI); ifo Institut für Wirtschaftsforschung; Institut für Weltwirtschaft (ifw); Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH); RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)

PRIVATER KONSUM – AKTUELLE THEMEN

Teil dieses Konsummonitors ist eine Betrachtung aktueller und für den privaten Konsum relevanter Themen. Dies sind zum einen die finanzpolitischen Veränderungen seit dem Jahreswechsel 2018/2019 sowie ihre möglichen Auswirkungen auf den privaten Konsum. Zum anderen soll – angesichts der Tatsache, dass in diesem Jahr das Europäische Parlament neu gewählt wird – die Bedeutung des Europäischen Binnenmarktes, des Herzstücks der Europäischen Union, für den privaten Konsum und den Handel in Deutschland näher betrachtet werden.

Aktuelle und künftige finanzpolitische Veränderungen

Der Deutsche Bundestag hat im zurückliegenden Jahr eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, die die privaten Haushalte finanziell entlasten und damit – für sich genommen – das verfügbare Einkommen der Konsumenten erhöhen. Ein Teil dieser Einkommenszuwächse dürfte in den privaten Konsum fließen. Für sich genommen haben daher die Entlastungswirkungen dieser Maßnahmen das Potenzial, den privaten Konsum nachhaltig zu stimulieren, denn die Entlastungen sind – bis zur nächsten Anpassung – von dauerhafter Natur. Es ist gut belegt, dass im unteren Einkommenssegment die Konsumneigung nahe bei 100 Prozent liegt und mit steigendem Einkommen abnimmt. Den stärksten Effekt auf die Höhe des privaten Konsums haben daher solche Maßnahmen, die vor allem Klein- und Mittelverdienern zugutekommen.

In der Summe belaufen sich die Entlastungen der Bürger in diesem Jahr auf deutlich mehr als zehn Milliarden Euro (*siehe Tabelle 2*). Der größte Posten ist die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Dadurch werden die in dieser Sozialversicherung abgesicherten Beschäftigten und Rentner – solange es in den

kommenden Tarifrunden nicht zu einer Rückwälzung der nunmehr angehobenen Arbeitgeberbeteiligung kommt – im Vergleich zum Status quo ante um rund sechs Milliarden Euro entlastet.

Mittelfristig ist davon auszugehen, dass die Arbeitgeber zumindest einen Teil dieser höheren „Lohnnebenkosten“ wieder auf die Beschäftigten abwälzen, indem die Bruttolöhne entsprechend langsamer angehoben werden. Aktuell, in der gegenwärtigen Boomphase mit weitverbreitetem Arbeitskräftemangel, ist eine solche Rückwälzung jedoch schwierig umzusetzen, sodass die Rückkehr zur Parität zumindest für einige Jahre eine echte Entlastung der Arbeitnehmer sein dürfte.

Die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte entlastet für sich genommen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen um rund 5,5 Milliarden Euro. Da im Gegenzug der Beitrag zur Pflegeversicherung in gleichem Maße steigt, heben sich beide Maßnahmen weitgehend auf. Allerdings gelten in beiden Versicherungen unterschiedliche Beitragsbemessungsgrenzen und die Versichertenkreise sind nicht völlig identisch, sodass es im Einzelfall zu Belastungen oder Entlastungen kommen kann.

TABELLE 2

MAßNAHMEN DER NEUEN BUNDESREGIERUNG ZUR ENTLASTUNG DER PRIVATEN HAUSHALTE IM JAHR 2019



in Milliarden Euro

Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags	1,8
Abbau der kalten Progression	1,0
Kindergelderhöhung zum 1. Juli um 10 Euro	0,8
Paritätische Finanzierung der GKV	6,0
Erwerbsminderungsrente	1,2
Mütterrente	0,7
Summe (Anteil am BIP)	11,5 (0,3 %)

Quelle: DIW

Beispielsweise zahlen Rentner zwar Pflege-, aber keine Arbeitslosenversicherung; sie werden also unter dem Strich belastet. Gutverdienende Arbeitnehmer zahlen wegen der unterschiedlichen Beitragsbemessungsgrenzen pro Jahr bis zu 136 Euro mehr an Pflegebeiträgen (Arbeitnehmeranteil), jedoch bis zu 201 Euro weniger Arbeitslosenbeiträge und werden somit entlastet. Darüber hinaus wurde der Einkommensteuertarif geringfügig angepasst, um heimliche Steuererhöhungen durch die „kalte Progression“ auszugleichen. Dies führt in der Summe zu einer Entlastung von zwei Milliarden Euro pro Jahr. Ferner steigt das Kindergeld zum 1. Juli 2019 um zehn Euro und der Kinderfreibetrag wird entsprechend angepasst. Die verfügbaren Einkommen von Erziehenden erhöhen sich dadurch in diesem Jahr um knapp drei Milliarden Euro. Ein Teil der Rentnerinnen kommt darüber hinaus in den Genuss der „Mütterrente II“ und auch die Bezieher einer Erwerbsminderungsrente erhalten zusätzliche Leistungen.

Weitere Entlastungen ergeben sich aus dem Alterseinkünftegesetz, nach dem jährlich bis 2025 die Höhe der abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen angehoben wird, sowie durch eine moderate Verringerung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.

In der Summe werden die Bürger um rund 13 bis 14 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr entlastet. Dieser Betrag entspricht etwa 0,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben. Da freilich ein Teil dieser Einkommenszuwächse gespart oder auf Auslandsreisen konsumiert werden dürfte, wird der binnenwirtschaftliche Konsumimpuls geringer ausfallen.

Eine andere finanzpolitische Maßnahme, die aktuell diskutiert wird und mittelfristig das Einkommen der privaten Haushalte steigern und somit ihren Konsum stimulieren kann, ist ein Abbau des Solidaritätszuschlags. Laut Koalitionsvertrag will die Bundesregierung ab 2021 den Solidaritätszuschlag „schrittweise“ abbauen. In einem „deutlichen ersten Schritt“ sollen „rund 90 Prozent aller Zahler des Solidaritätszuschlags durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Solidaritätszuschlag entlastet“ werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Dort wird die resultierende Entlastung auf zehn Milliarden Euro beziffert. Mittlerweile gibt es aber ernste verfassungsrechtliche Bedenken, ob es zulässig ist, diese Sonderabgabe überhaupt über das Jahr 2019 hinaus zu erheben, also nach dem Auslaufen des „Solidarpakts“. Erste Musterklagen sind offenbar in Vorbereitung.

In der Koalition ist zudem umstritten, ob der Soli nicht doch gänzlich abgeschafft und im oberen Einkommensbereich ggf. ganz oder teilweise in den Einkommensteuertarif integriert werden sollte. So könnte verfassungsrechtlichen Einwänden Rechnung getragen werden. Ein Gesetzgebungsverfahren gibt es bislang dazu nicht.

Laut der jüngsten Steuerschätzung wird der Solidaritätszuschlag im Jahr 2021 dem Bund Einnahmen in Höhe von 21,7 Milliarden Euro bringen (*siehe Tabelle 3*). Das potenzielle Entlastungsvolumen ist damit deutlich höher als das für dieses Jahr beschlossene. Der bei weitem größte Anteil des „Solis“ resultiert aus dem

Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer. Einen eher geringen Anteil haben Zuschläge zur Körperschaft- und zur Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge.

Selbst der im Koalitionsvertrag vereinbarte hälftige Abbau des Solis entspräche einem potenziellen Konsumschub von bis zu 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten. Angesichts der sich abzeichnenden schwächeren Konjunktorentwicklung und der aus dem Bundesfinanzministerium kolportierten Haushaltslöcher in der mittelfristigen Finanzplanung ist freilich nicht ganz auszuschließen, dass die Bundesregierung den vereinbarten Soliabbau durch andere Maßnahmen gegenfinanzieren könnte.

TABELLE 3

AUFKOMMEN DES SOLIDARITÄTSZUSCHLAGS NACH EINKOMMENSQUELLEN IM JAHR 2021

in Milliarden Euro



Lohnsteuer	1,8
Veranlagte Einkommensteuer	1
Abgeltungsteuer auf Zinsen und Veräußerungsgewinne	0,8
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Abgeltungsteuer auf Dividenden)	6
Körperschaftsteuer	1,2
Summe	21,7

Quelle: Ergebnisse der 154. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 23. bis 25. Oktober 2018 in Hamburg

Der Europäische Binnenmarkt

Eines der zentralen Elemente des europäischen Integrationsprozesses ist der gemeinsame Binnenmarkt. Er wird auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs mit mehr als 450 Millionen Verbrauchern der größte einheitliche Markt der Welt bleiben, dessen wirtschaftliche Gesamtleistung von knapp 13,5 Billionen Euro nur hinter dem Bruttoinlandsprodukt der USA zurückbleibt. Das Programm zum Europäischen Binnenmarkt trat zum Jahreswechsel 1992/1993 in Kraft. Die dahinter stehende Idee reicht aber – wie bei vielen europäischen Projekten – sehr viel weiter zurück.¹ So wurde im Juni 1985 ein Weißbuch über die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes veröffentlicht. Die konkrete Ausarbeitung des Programms zog sich dann bis 1992 hin.

Ein vorrangiges Ziel war die Abschaffung bürokratischer Hürden beim Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Dazu umfasst das Programm im Kern vier Freiheiten²:

1. **Freiheit beim Warenverkehr**
2. **Freiheit beim Personenverkehr**
3. **Freiheit beim Dienstleistungsverkehr**
4. **Freiheit beim Kapitalverkehr**

Grundprinzip des Europäischen Binnenmarktes ist, dass Waren und Dienstleistungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern genauso frei zirkulieren können wie innerhalb eines Landes. Daher sind nicht nur Grenzformalitäten entfallen, sondern auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Im gemeinsamen europäischen Markt sind Standards und Normen vereinheitlicht oder werden gegenseitig anerkannt.³ Ein Produkt, welches in einem EU-Staat in den

Verkehr gebracht werden darf, muss auch in allen anderen Mitgliedstaaten in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Die Errichtung des Europäischen Binnenmarktes hat unterschiedliche wirtschaftliche, politische und soziale Auswirkungen gehabt. Im Folgenden wird sein Einfluss auf den (Einzel-)Handel, den privaten Konsum und die Verbraucher näher betrachtet.

Für die Unternehmen hat der gemeinsame Binnenmarkt in erster Linie einen kostendämpfenden Effekt.⁴ Durch den Wegfall der Grenzformalitäten und die Harmonisierung der Produktstandards verringern sich die Kosten für Exporte bzw. Importe. Außerdem steht den Unternehmen ein sehr viel größeres Marktvolumen offen, als Folge der potenziell höheren Nachfrage. Dies kann Unternehmen veranlassen, ihre Produktion zu steigern, wodurch wiederum aufgrund von Skalenerträgen die Kosten je produzierter oder gehandelter Einheit sinken.⁵

Im Zuge des Abbaus von Handelshemmnissen verringern sich des Weiteren die Markteintrittsbarrieren für Unternehmen.⁶ Als Resultat davon agiert auf den diversen Teilmärkten eine größere Anzahl an Unternehmen, was mit einer größeren Produktvielfalt und damit mehr Optionen für die Konsumenten verbunden ist. Zudem bedingt die größere Anzahl an Anbietern eine höhere Wettbewerbsintensität. Dies wiederum führt tendenziell dazu, dass die Unternehmen ihre durch die Marktausweitung generierten Kosteneinsparungen – zumindest zum Teil – an die Konsumenten weitergeben. Damit erhöht sich die reale Kaufkraft der privaten Haushalte auf dem Europäischen Binnenmarkt.

1 Vgl. BIHK (2014)

2 Vgl. BIHK (2014), Vetter (2013)

3 Vgl. BIHK (2014), IHK Berlin (2018)

4 Vgl. Vetter (2013)

5 Vgl. Dreger (2016)

6 Vgl. Böhmer et al. (2014), Dreger (2016)

Exportorientierte Unternehmen zahlen aufgrund der dem internationalen Wettbewerb geschuldeten höheren Produktivität durchweg höhere Löhne.⁷ Wenn wiederum der Europäische Binnenmarkt den internationalen Marktzugang für Unternehmen vereinfacht und sie leichter exportieren können, führt dies im Schnitt dazu, dass das Lohnniveau und damit das Einkommensniveau für die privaten Haushalte zumindest in einem exportorientierten Land wie Deutschland zunimmt.

Auf den Punkt gebracht, führt – auf Basis dieser theoretischen Wechselwirkungen – der Europäische Binnenmarkt zu mehr Auswahlmöglichkeiten für Konsumenten, zu einer größeren Kaufkraft der Haushalte und damit zu Wohlfahrtsteigerungen für die beteiligten Länder.⁸

Vor diesem Hintergrund waren die Erwartungen vor der Umsetzung des Programms sehr groß. Ende der 1980er Jahre hatte die EU-Kommission eine Studie zur Analyse der ökonomischen Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes in Auftrag gegeben, die als „Cecchini Report“ bekannt wurde. Nach den Ergebnissen dieses Reports sollte das Binnenmarkt-Programm dazu führen, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung aller EU-Staaten um 4,5 Prozent steigt und die Verbraucherpreise um 6,1 Prozent sinken.⁹

Mittlerweile wurden die ökonomischen Auswirkungen des gemeinsamen Marktes in einer Reihe von Studien empirisch evaluiert. Das Ergebnis war, dass die materiellen Wohlfahrtseffekte im Cecchini Report überschätzt worden waren.¹⁰ In qualitativer Hinsicht bestätigten die Studien allerdings die erwarteten Effekte.

Fakt ist und bleibt, dass der Europäischen Binnenmarkt zu einer Zunahme des BIP, einer Steigerung des innereuropäischen Handels sowie einer niedrigeren Inflation geführt hat.¹¹ So soll die gesamtwirtschaftliche Leistung der Mitgliedsländer der EU durch das Binnenmarkt-Programm um zwei bis drei Prozent angestiegen sein. In Deutschland ist das BIP verglichen mit der hypothetischen Situation ohne Europäischen Binnenmarkt um ca. 1,3 Prozent größer. Straathof et al. (2008) beziffern zudem die Zunahme des innereuropäischen Handels im Zuge der Etablierung des gemeinsamen Binnenmarktes auf etwa acht Prozent. Des Weiteren realisierten laut Böhmer et al. (2014) private Haushalte in Deutschland durch die europäische Integration in Zuge des Binnenmarktprogramms einen absoluten Einkommensgewinn von durchschnittlich 450 Euro pro Person und Jahr im Zeitraum von 1992 bis 2012.

Diese Effekte des Europäischen Binnenmarktes wurden ab 1999 beziehungsweise 2002 durch die Einführung des Euro als gemeinsamer Währung in mittlerweile 19 EU-Mitgliedsländern weiter verstärkt, die nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs etwa 85 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der EU ausmachen.

Nicht minder wichtig als die in hohem Maße von den Annahmen getriebenen quantitativen Befunde sind die positiven Einstellungen der Konsumenten gegenüber dem Europäischen Binnenmarkt. Dies zeigen repräsentative Bevölkerungsumfragen der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2011. Der Europäische Binnenmarkt wird eindeutig mit einer größeren Produktauswahl und Güterqualität verbunden.¹²

7 Vgl. BIHK (2014)

8 Vgl. Böhmer et al. (2014)

9 Vgl. Cecchini et al. (1988)

10 Vgl. Busch (2013), Vetter (2013)

11 Vgl. BIHK (2014), Busch (2013), Vetter (2013)

12 Vgl. Europäische Kommission (2011a; 2011b)

Außerdem gaben knapp die Hälfte (46 Prozent) der Befragten an, dass aufgrund des Binnenmarkt-Programms die Preise für Güter und Dienstleistungen zurückgegangen seien. Das Gegenteil gaben freilich 35 Prozent zu Protokoll.

Mit dem freien Warenverkehr wurde es für die Konsumenten nicht nur einfacher, Güter auf traditionellem Wege im und aus dem europäischen Ausland zu erwerben. Der Europäische Binnenmarkt erleichtert zudem das stark an Bedeutung gewinnende Online-Shopping. In einem gemeinsamen Markt ist der Aufwand geringer, über Handelsplattformen im EU-Ausland einzukaufen.

In der Summe lässt sich festhalten, dass der Europäische Binnenmarkt eine stimulierende Wirkung auf den privaten Verbrauch in den EU-Ländern und damit auch in Deutschland hatte und hat. Die Produktauswahl hat sich vergrößert mit der Folge, dass die Konsumenten aus einem größeren Warenkorb wählen können. Des Weiteren ist die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht geworden. Die genaue Größenordnung dieser Effekte lässt sich freilich nicht genau beziffern.

Leider sind die zweifellos positiven Effekte, die mit dem Europäischen Binnenmarkt für den privaten Konsum verbunden waren und verbunden sind, ein Stück weit aus dem Blickwinkel geraten. Für viele Konsumenten sind die Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Allerdings gilt es im Hinblick auf das unübersehbare politische Auseinanderdriften des „alten Kontinents“ Europa mit Nachdruck darauf

hinzuweisen, dass die Errungenschaften der europäischen Integration definitiv keine Selbstverständlichkeit sind, sondern einer stetigen politischen Pflege bedürfen.

Vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Politik des „America first“ und des Aufstiegs Chinas zur zweiten geopolitischen Hegemonialmacht sollte einem Zusammenrücken der Staaten Europas und damit einer weiteren Vertiefung des Binnenmarktes eine hohe politische Priorität beigemessen werden. Im Zentrum dieses Binnenmarktes steht die Vertragsfreiheit als entscheidende Voraussetzung für einen freien Wettbewerb.

Leider sind seit Jahren nationalstaatlich motivierte Verstöße gegen die richtige und wichtige Idee eines einheitlichen Regeln unterworfenen gemeinsamen Binnenmarktes zu beobachten. Seit dem „Durchschlagen“ der Finanzkrise auf die Realwirtschaft in den Jahren 2008 und 2009 sind vor allem in einigen ost-europäischen Staaten Maßnahmen zur Abschottung ihrer Märkte durch Handelsgesetze erkennbar. Diese Gesetze stehen im Widerspruch zu den Prinzipien des Binnenmarktes, wenden sich besonders gegen ausländische Handelsunternehmen und greifen direkt in die vertraglichen Beziehungen zwischen Handel und Produzenten ein. Unternehmen sollten jedoch darauf vertrauen können, dass sie in allen EU-Ländern die gleichen Wettbewerbsbedingungen und den gleichen Rechtsrahmen vorfinden, die es ihnen ermöglichen – unabhängig von ihrer Größe – in allen Ländern der EU präsent zu sein. Jegliche Art von Diskriminierung steht diesem zentralen europäischen Grundgedanken entgegen.

Literaturverzeichnis

BIHK (2014): Zum Nutzen des EU-Binnenmarktes für die bayerische Wirtschaft. Bayerischer Industrie- und Handelskammertag, München.

Böhmer, M., Weisser, J., Drechsler, K. (2014): 20 Jahre Binnenmarkt – Wachstumseffekte der zunehmenden europäischen Integration. Studie der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Busch, B. (2013): Europas Binnenmarkt – Wirtschaftsraum mit Potenzial. Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Konrad Adenauer Stiftung, Berlin.

Cecchini, P., Catinat, M., Jacquemin, A. (1988): The European Challenge 1992: The benefits of a Single Market.

Dreger, C. (2016): Der wirtschaftliche Nutzen Europas für Deutschland. In: Böttger, K., Jopp, M. (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Europapolitik, Nomos, Baden-Baden, S. 77 – 90.

Europäische Kommission (2011a): Internal Market – Awareness, Perceptions and Impacts. Report, Special Eurobarometer 363, September 2011.

Europäische Kommission (2011b): Internal Market – Awareness, Perceptions and Impacts. Aggregate Report, Eurobarometer Qualitative Studies, November 2011.

IHK Berlin (2018): Europäischer Binnenmarkt. Industrie- und Handelskammer zu Berlin.

Straathof, B., Linders, G.-J., Lejour, A., Möhlmann, J. (2008): The Internal Market and the Dutch economy – Implications for trade and economic growth. CPB Document No. 168, CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis.

Vetter, S. (2013): The Single European Market 20 years on – Achievements, unfulfilled expectations & further potential. EU Monitor European Integration, Deutsche Bank DB Research, Frankfurt am Main.

Vorreiter, P. (2018): Geoblocking-Verordnung tritt in Kraft. Artikel erschienen am 03.12.2018 auf deutschlandfunk.de.

Rechtlicher Hinweis

Die vorstehenden Angaben und Aussagen stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Die verwendeten Daten stammen aus unterschiedlichen Quellen und wurden als korrekt und verlässlich betrachtet, jedoch nicht unabhängig überprüft; ihre Vollständigkeit und Richtigkeit sind nicht garantiert und es wird keine Haftung für direkte oder indirekte Schäden aus deren Verwendung übernommen, soweit nicht durch grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten unsererseits verursacht.

Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung und ohne Angabe von Gründen geändert werden. Die vorstehenden Aussagen werden lediglich zu Informationszwecken des Auftraggebers gemacht und ohne darüber hinausgehende vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt.

Soweit in vorstehenden Angaben Prognosen oder Erwartungen geäußert oder sonstige zukunftsbezogene Aussagen gemacht werden, können diese Angaben mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Es kann daher zu erheblichen Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse oder Entwicklungen zu den geäußerten Erwartungen kommen. Neben weiteren, hier nicht aufgeführten Gründen, können sich insbesondere Abweichungen aus der Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der Finanzmärkte und Wechselkurse sowie durch Gesetzesänderungen ergeben.

Das Handelsblatt Research Institute verpflichtet sich nicht, Angaben, Aussagen und Meinungsäußerungen zu aktualisieren.

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Handelsblatt Research Institute. (<http://research.handelsblatt.com/de/agb>)

Impressum

HANDELSBLATT RESEARCH INSTITUTE

Toulouser Allee 27
40211 Düsseldorf
Telefon: +49 (0)211 887-1100
www.handelsblatt-research.com

AUTOREN

Dr. Sven Jung
Axel Schrunner
Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup

ANSPRECHPARTNER

Dr. Sven Jung
+49 (0)211 887-1243
jung@handelsblatt-research.com

Studie im Auftrag des
Handelsverband Deutschland – HDE e. V.

© 2019 Handelsblatt Research Institute

Der Handel

Alles fürs Leben

Handelsverband Deutschland (HDE)
Am Weidendamm 1 A
10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 72 62 50-0
Fax +49 (0)30 72 62 50-99

hde@einzelhandel.de
www.einzelhandel.de